

dass das fehlende Geld sogar die Grundlage seiner Macht, die solche Blöße, lähmzulegen droht, wird nicht nur den Engländern zu denken geben. Freilich, Hoovers Schwierigkeiten im Hause eines neuen Schrittes seien nicht verkannt. Sie liegen in den Gefahren für den amerikanischen Staatshaushalt, der durch ständige Steuerrückgänge bedroht ist. Die Arbeitslosigkeit Amerikas ist ebenfalls ständig im Steigen begriffen. Sie beeinflusst sich jetzt nach schweren Schäden auf ungefähr 9 Millionen. Für Hoover aber ist die Frage wichtig: Wie verhält sich die Bevölkerung zu einem neuen Moratorium? Auch der Senat, der noch nicht einmal das erste Schuldenjahr genehmigt hat, muss noch gehörig werden. Denn der Präsident braucht eine Rückendeckung, um seine Wiederwahl im nächsten Herbst zu sichern, die durch die wachsenden Schwierigkeiten bereits erheblich gefährdet ist. Für ihn erhebt sich also die Frage: Wird der Mann auf der Straße es vernehmen, dass durch einen mehrjährigen Verzicht auf Schuldenzahlungen eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft zu erwarten ist, deren Rügen für Amerika größer ist als der Vorteil der Schuldenabnahmen? Den stärksten Druck auf Hoover üben die amerikanischen Bankiers aus, die nicht tatenlos zusehen wollen, wie ihre Nachbarländer verschwinden. Denn vor ihnen kann noch mit Sicherheit sagen, ob er Kredite je zurückbekommt, ob er Investitionen wieder aufzumachen kann, wenn alles beim alten bleibt? Außerdem steht es weder im finanziellen noch im politischen Interesse Amerikas, wenn beim Verbarren in der lebigen Lage die Übermacht Frankreichs über die Industriestaaten England und Deutschland verstärkt wird. Je größer die Macht

Frankreich wird, um so weniger Interesse hat es an einer Verständigung mit Deutschland.

Aber auch an einer neuen Zahlungsunfähigkeit Deutschlands werden gerade die amerikanischen Geldgeber kein Interesse haben. Deutschland muss ja nicht nur trotz Schuldensterbahn seinen laufenden Bindverpflichtungen in einer Höhe von 15 Milliarden nachkommen. Es hat ferner trotz des Stahleabkommen zunächst 800 Millionen Mark aus den ausländischen Marktihabern zu zahlen. Private kurzfristige Kredite werden fällig, die nicht unter das Abkommen fallen, die ersten langfristigen Kredite aus den Jahren 1924 und 1925 müssen zurückgezahlt werden. Am Ende der ersten sechs Monate können die restlichen 5,1 Milliarden kurzfristige Kredite gefindigt werden. Deutschland, das in der letzten Zeit monatlich aus seinem Außenhandel einen Überschuss von rund 800 Millionen Deutschen gewonnen hat, ist also nur in der Lage, seinen laufenden privaten Verpflichtungen nachzukommen. Somit ist der Beweis geleistet, dass an eine Wiederaufnahme der Tributzahlungen gar nicht zu denken ist, es sei denn auf Kosten der privaten Gläubiger.

So groß wir die Schwierigkeiten einschätzen, die einem zweiten Schritt Hoovers im Wege stehen, so steht doch zu erwarten, dass die eiserne Notwendigkeit einer Verlängerung des Moratoriums sich stärker als alle politischen Hemmnisse erweist. Da rascher die Verlängerung des Hooverplanes aus dem Stadium der Vorberatungen heraustritt, um so erfreulicher könnten seine Wirkungen werden. Die Weltkrise verträgt jedenfalls Ungewissheit und Zaudern heute ebenso wenig wie im Juli dieses Jahres.

Curtius sprach nur vom Rauch, nicht vom Feuer

Die Minderheitendebatte in Genf

Von unserem zur Völkerbundtagung nach Genf entsandten W.H.-Sonderberichterstatthalter

Genf, 16. Sept. Schon seit Tagen war hier bekannt, dass man auf deutscher Seite die fällige Minderheitendebatte in der politischen Kommission diesmal auf Woll stimmen werde, weil ein praktischer Erfolg jedes wie immer gearteten Vorstosses doch für ausgeschlossen gilt. Man ging also schon mit geringen Erwartungen in den kleinen Saal des Völkerbundpalastes, in dem merkwürdigweise diese wichtige Sitzung durch die Regie des Völkerbundsekretariats verwirkt worden war. So müheten die Mitglieder der politischen Kommission, ebenso wie die Presse aus aller Welt, Stundenlang in unwürdiger Enge und in stinkiger, verbrauchter Lust auszuharren, und für das Publikum war überhaupt kein Platz vorhanden.

Zweifellos wollten die Herren des Völkerbundesekretariates die Bedeutung der Minderheitendebatte auf diese Weise absichtlich herabdrücken, und dennoch lag hier das Interesse des Tages.

Das ging schon daraus hervor, dass die interessierten Staaten durchweg durch ihre Delegationsführer vertreten waren; nicht die ganze Rede des deutschen Außenministers bezog sich leider nur auf die mehr technische Seite des Minderheitproblems, d. h. auf eine vorstellige Kritik und Anwendung hinsichtlich des Schwervertrags. Nur ganz schwache Andeutungen gingen darüber hinaus und ließen erkennen, dass hinter der Kulisse dieses Scheinverfahrens Milliarden schwerbedrängter Menschen von Fleisch und Blut stehen, die nur seit Jahren vergnüglich auf den Völkerbund hoffen. Nur vom Rauch, nicht vom Feuer sprach Dr. Curtius. Wäre es nicht für den Vertreter Deutschlands nahe liegend gewesen, auch im Rahmen des begrenzten Programms, das er bis diesmal gestellt hatte, doch auf die enge Verbindung zwischen den europäischen Vertrauensstädten auf allen Gebieten und der nur zu verständlichen Verbitterung der Minderheiten hinzuweisen? Höchst überflüssig war es aber höchstlich, dass der deutsche Außenminister alle mit den Minderheitenfragen beschäftigten Organisationen des Völkerbundes ohne Aufnahme lobte, indem er ihre Arbeitsleistung und ihren guten Willen anerkannte.

Gerade dieser gute Wille ist aber das, was fast überall schläft, mindestens bei der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, die in geradezu standöder Weise ihre Pflichten gegenüber den Minderheiten verlegt hat.

Das hätte die schärfste Bloßstellung, niemals aber ein Lob verdient.

Genf, 16. Sept. Schon seit Tagen war hier bekannt, dass man auf deutscher Seite die fällige Minderheitendebatte in der politischen Kommission diesmal auf Woll stimmen werde, weil ein praktischer Erfolg jedes wie immer gearteten Vorstosses doch für ausgeschlossen gilt. Man ging also schon mit geringen Erwartungen in den kleinen Saal des Völkerbundpalastes, in dem merkwürdigweise diese wichtige Sitzung durch die Regie des Völkerbundsekretariats verwirkt worden war. So müheten die Mitglieder der politischen Kommission, ebenso wie die Presse aus aller Welt, Stundenlang in unwürdiger Enge und in stinkiger, verbrauchter Lust auszuharren, und für das Publikum war überhaupt kein Platz vorhanden.

Zweifellos wollten die Herren des Völkerbundesekretariates die Bedeutung der Minderheitendebatte auf diese Weise absichtlich herabdrücken, und dennoch lag hier das Interesse des Tages.

Das ging schon daraus hervor, dass die interessierten Staaten durchweg durch ihre Delegationsführer vertreten waren; nicht die ganze Rede des deutschen Außenministers bezog sich leider nur auf die mehr technische Seite des Minderheitproblems, d. h. auf eine vorstellige Kritik und Anwendung hinsichtlich des Schwervertrags. Nur ganz schwache Andeutungen gingen darüber hinaus und ließen erkennen, dass hinter der Kulisse dieses Scheinverfahrens Milliarden schwerbedrängter Menschen von Fleisch und Blut stehen, die nur seit Jahren vergnüglich auf den Völkerbund hoffen. Nur vom Rauch, nicht vom Feuer sprach Dr. Curtius. Wäre es nicht für den Vertreter Deutschlands nahe liegend gewesen, auch im Rahmen des begrenzten Programms, das er bis diesmal gestellt hatte, doch auf die enge Verbindung zwischen den europäischen Vertrauensstädten auf allen Gebieten und der nur zu verständlichen Verbitterung der Minderheiten hinzuweisen? Höchst überflüssig war es aber höchstlich, dass der deutsche Außenminister alle mit den Minderheitenfragen beschäftigten Organisationen des Völkerbundes ohne Aufnahme lobte, indem er ihre Arbeitsleistung und ihren guten Willen anerkannte.

Gerade dieser gute Wille ist aber das, was fast überall schläft, mindestens bei der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, die in geradezu standöder Weise ihre Pflichten gegenüber den Minderheiten verlegt hat.

Das hätte die schärfste Bloßstellung, niemals aber ein Lob verdient.

Druck der amerikanischen Bankiers auf Hoover

Abrüstungsfrage und Zahlungsausschub

Newport, 17. Sept. Das Schuldensproblem steht plötzlich wieder im Mittelpunkt des Interesses, nachdem die mächtigenden Bankiers des ganzen Landes schärfsten Druck ausüben, um der derzeitigen Ungewissheit ein Ende zu bereiten und Präsident Hoover an einer Verlängerung des Heierjahrs zu veranlassen. Die Zeitung „Sun“ meint, dass Hoover insgeheim von der Notwendigkeit überzeugt sei, das Heierjahr noch vor seinem Ablauf zu verlängern. Ge- wisse Anzeichen deuteten darauf hin, dass Hoover bei den kommenden Abrüstungsverhandlungen die Verlängerung des Moratoriums als Trumpfkarte ausspielen werde, um insbesondere Pariser Zugeständnisse zu erhalten. Die „Evening Post“ ist der Ansicht, dass Frankreich bei fortbreitender Krise sicherlich in der Kredit- und Rüstungsfrage nachgiebiger werden werde.

Für die fünfjährige Rüstungspause

Newark, 18. Sept. Das Staatsdepartement erklärt vorheute seine volle prinzipielle Zustimmung zu der vor geschlagenen fünfjährigen Rüstungspause. Man habe zwar weder von Grandi noch von Vorab bisher Einzelheiten über ihre Vorschläge erfahren, aber man sei bereit, diese zu prüfen, und hoffe, nützliche Hinweise geben zu können. Amerika würde gern für eine Rüstungspause eintreten, sobald die anderen Mächte mitmachen.

Gandhi betet im Unterhaus

London, 17. Sept. Eine Szene, die in der Gleichzeit des englischen Parlaments einzässt, dastehen dürfte, spielte sich in einem der Auschusträume des Unterhauses ab, in dem Gandhi eine Ansprache vor den Mitgliedern der Arbeiterfraktion halten sollte. Da Autogrammhammer ihn nach Beendigung der Verhandlungen der englisch-indischen Konferenz längere Zeit aufzuhalten hatten, konnte er seine Abendgebete nicht rechtzeitig sprechen, sondern entstehn sich direkt zum Unterhaus zu geben, wo er, sein Sohn, Bräutlein Slade und Frau Dahl im Saal 14 ihre Sandalen auszogen und sich zum Gebet auf den Boden knieten. Gandhi erklärte in seiner Ansprache, dass es in der Frage der Unabhängigkeit Indiens keine Kompromisslösung gebe.

Er wünsche für sein Volk dieselbe Freiheit, wie sie auch das englische Volk genieße.

Anfrage über die Sollunion

London, 18. Sept. Im Unterhause richtete heute ein Abgeordneter an die Regierung die Frage, ob es wahr sei, dass die österreichisch-deutsche Sollunion nur unter dem Druck der ausländischen Finanzmächte geschafft sei. Der Unterstaatssekretär im Foreign Office erklärte namens der Regierung, er lehne es ab, zu diesem Gegenstande Stellung zu nehmen.

Maginot gegen die Abrüstung

Paris, 18. Sept. Auf einem Bankett in Reims hielt heute der französische Kriegsminister Maginot eine Rede, in der er u. a. sagte, die Armee sei die beste Schule der nationalen Solidarität. Man müsse sich hüten, sie an zu disorganisieren oder zu schwächen. Bei der gegenwärtigen Weltlage und solange die Sicherheit der Völker nicht durch andere Mittel wirkungsvoll gewährleistet sei, müsse Frankreich seine Arme so stark erhalten, wie seine Mittel es erlaubten.

Doch ein Besuch Mussolinis beim Papst?

Rom, 18. Sept. Den Stimmen, die seit einigen Tagen einen Besuch Mussolinis beim Papst ankündigen, wird jetzt kein Element mehr entgegenstellen. In eingehenden Kreisen verlautet vielmehr, dass in diesen Tagen bereits zwischen den zuständigen Stellen der Kurie und der faschistischen Regierung Verhandlungen über ein Besuchseremoniell gezeigt werden sollen.

Orkan über Santa Rosalia - 50 Tote

Mexiko, 18. Sept. Nach einer Meldepung aus Veracruz wütete dort heute vormitig ein Orkan, der Schaden an den Gebäuden anrichtete und die Versorgung der Stadt mit elektrischem Strom unterbrach. Eine Anzahl kleiner Schiffe im Hafen sanken und gingen unter. Wie erst jetzt bekannt wurde, legte vergangenen Sonntag ein Wirbelsturm über die Biegend von Santa Rosalia in Niederkalifornien dahin. Etwa 50 Menschen sind ums Leben gekommen.

Obtions Gesundheitszustand bedenklich. Wie der Edison behandelnde Arzt mitteilt, verschlechtert sich der Gesundheitszustand Edisons seit etwa einer Woche von Tag zu Tag.

König lehnt die Verantwortung für Maßnahmen der Reichsregierung ab

Braunschweig, 18. Sept. Der neue braunschweigische Innen- und Volksbildungssminister König gab über das Dienstantritt der Presse eine Erklärung, in der es heißt:

„Nachdem die Wahl des Landtages auf mich gefallen ist, habe ich das Amt des braunschweigischen Innen- und Volksbildungssministers übernommen. Ich bin mir bewusst, dass ich als Minister gemäß der Verfassung Verordnungen der Reichsregierung auszuführen habe, die statt den Beginn einer Besiedlung und eines neuen Aufstiegs einzuleiten, lediglich sehr

Verfolgungen einer seit Jahren betriebenen hemmungslosen Unterwerfung, Erfüllungs- und Vereinigungspolitik sind. Die Verantwortung für diese Maßnahmen lehne ich ab. Sie liegt allein bei der Reichsregierung, die für die Führung der deutschen Gesamtpolitik verantwortlich ist und trifft mich ebensowenig, wie irgendwelchen anderen Ministerien, der nicht von sich aus jene Heimpolitik unterstützt. Meine Aufgabe, für die ich die volle Verantwortung zu tragen habe und übernehme, besteht darin, im Rahmen der mit gegebenen Möglichkeiten die Durchführung unvermeidlicher Notmaßnahmen so zu gestalten, dass ich vor meinem Gewissen und vor dem Urteil der schaffenden braunschweigischen Bevölkerung bestehen kann. Ein schwerer Winter steht und bevor. Um Folge einer völlig verfehlten Reparations- und Nationalisierungspolitik greift der Wirtschaftsbaukunstbruch weiter um so schwerer Arbeitslosigkeit und -mangel zu drohender Höhe an. Um diesem Augenblick der Gefahr muss der Wille zur Volks- und Schicksalsgemeinschaft sich durch die Tat bemühen.“

Reichs-Gauleitertagung der NSDAP.

München, 18. Sept. Am 15. und 16. September fand in München unter dem Vorsitz Adolf Hitlers und in Anwesenheit fast aller namhaften Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine Tagung der Gauleiter und SA-Führer des ganzen Reichs statt, die sich mit den politischen Belangen und auf der die Richtlinien für den kommenden politischen Kampf festgelegt wurden. Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser und der Chef des Stabes, Möhl, leiteten die Besprechungen. Auf der gemeinsamen Tagung zeichnete Adolf Hitler in mehrfachem Vortrage ein Bild der innen- und außenpolitischen Lage und bestimmte die Grundlinie, die für den politischen Kampf der NSDAP in den nächsten Monaten maßgebend sein sollen. Hitler erklärte dann, dass die Bewegung sich überall in unanständig steigender Welle befindet, und dass die Autorität, die innere Parteidisziplin und das Vertrauen zur Führung seien denn je teilen. In den anschließenden Sondertagungen der Gauleiter und SA-Führer wurden die aktuellen politischen Fragen besprochen.

Blatter Deutsch legt sein Mandat nieder

Berlin, 18. Sept. Der in Baden gewählte Reichstagsabgeordnete Blatter Deutsch hat seinen Stellvertreter abgelehnt. Er war vor einiger Zeit von den Christlich-Sozialen, die ihn gewählt hatten, zu den Nationalsozialisten übergetreten. Da steht der auf der Liste folgende Christlich-Soziale Kandidat nachrücken wird, werden die Nationalsozialisten, die durch den Austritt des früheren braunschweigischen Ministers Blatter aus der Partei schon ein Mandat eingeblütet hatten, künftig nur noch 108 Reichstagsabgeordnete im Reichstag zählen.

Gegen den Währungsplan von Dr. Mosellus

Der Währungsplan des Bremer Wirtschaftsführers Dr. Mosellus, der bekanntlich darin besteht, dass auf Grund der Kapitalisierung der Haushalte zu zulässige Kaufkraft in Form einer Rentenmarktwährung geschaffen werden soll, und dem auch mit keineswegs bedenkenlos gegenüberstehen hat in Haushaltswahlen leichten Widerstand gefunden. So teilt uns ein Gegner des Planes mit, dass ein Vergleich mit der Rentenmarktwährung des Jahres 1924 abwegig ist, denn damals sind nur 1,6 Milliarden Zahlungsmittel geschaffen worden, wovon heute noch 400 Millionen im Umlauf sind, nachdem die Reichsmark an ihre Stelle getreten ist. Insgesamt beträgt der Rentenmarktaufschwung gegenwärtig sechs Milliarden. Der Vorschlag Mosellus will aber den vorhandenen Rentenmarktaufschwung durch neue Umlaufmittel um mehr als das Achtfache vergrößern, ohne einen Gegenwert an Arbeitseinsatz zu erhalten. Das muss Inflation in Reichskultur zur Folge haben. Den Gegenwert in der phantastischen Höhe von 30 Milliarden Rentenmark, den der Haushalt für eine gleich hohe Belastung erhalten sollte, wird im Verlauf der Inflation wahrscheinlich das Landen, wo die alte Papiermark gelandet ist. Dann wäre der Haushalt keine Grundlage durch die Überbelastung losgeworden und der Gegenwert durch die Inflation in ein Nichts zerlossen. Die in dem Plan vorgelesene Abstözung der Leistung auf den Haushalt läuft den Opfernheiligen würde wohl daran scheitern, dass es keinem Menschen einfällt, die neu entstandenen Geldscheine als Gegenwert für Goldmarkbetrüchen anzunehmen. Aus all diesen Gründen muss der Mosellus'sche Plan als utopisch abgelehnt werden.

„Graf Zeppelin“ nächste Südamerikafahrten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 18. September. Das Dampfschiff „Graf Zeppelin“ wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 17. September, sondern er ist am 18. September, 5 Uhr morgens, seine angedachte Fahrt nach Südamerika antreten. Der zweite Südamerikafahrt, die voraussichtlich im September mit der Rückfahrt nach Friedlandshafen ihren Abschluss findet, wird „Graf Zeppelin“ in der zweiten Oktoberhälfte eine dritte Fahrt nach der südlichen Hälfte der Neuen Welt folgen lassen.

Zu Unrecht festgenommen

Der Verdacht gegen die deutschen Studenten unbegründet
Budapest, 18. Sept. Der Verdacht gegen die deutschen fahrenden Studenten, die bis zum Sonntag in Bia-Torbagy weilten, hat sich als unbegründet erwiesen. Es stellte sich heraus, dass die aus Stuttgart kommenden Studenten infolge Karnevals-Spielen in Bia-Torbagy eintraten. Sie wurden eingeladen, bis zum Sonntag in Bia-Torbagy zu bleiben, um am Karneval teilzunehmen. Ihre Harmlosigkeit steht außer Zweifel. Infolge des Unfalls wurde jede Festbarkeit abgesetzt, worauf die deutschen Studenten weiterzogen.